Gericht: VGH
Aktenzeichen: 10 B 08.2447
Sachgebietsschlüssel: 600

Rechtsquellen:

§ 1 Abs. 1 HumHAG
§ 53 Nr. 1 AufenthG
§ 56 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 AufenthG

Hauptpunkte:

Ausweisung

Leitsätze:

Jüdische Emigranten aus der ehemaligen Sowjetunion genießen nicht schon aufgrund der Übereinkunft des Bundeskanzlers und der Ministerpräsidenten vom 9. Januar 1991 die Rechtsstellung von Flüchtlingen entsprechend § 1 Abs. 1 HumHAG (a.A. BayVGH – 19. Senat – vom 7. August 2008 ZAR 2008, 403).

Sie können sich daher nicht auf den besonderen Ausweisungsschutz nach § 56 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 AufenthG berufen.

Urteil des 10. Senats vom 29. Juli 2009

(VG Augsburg, Entscheidung vom 26. Februar 2008, Az.: Au 1 K 07.621)

10 B 08.2447
Au 1 K 07.621

*Großes Staats-
wappen*

Bayerischer Verwaltungsgerichtshof

Im Namen des Volkes

In der Verwaltungsstreitsache

***** *****

***** *** *****

***** ***** *** ***** *****

- Kläger -

bevollmächtigt:

Rechtsanwalt *****

***** ***** ***** *****

gegen

Stadt Augsburg,

vertreten durch den Oberbürgermeister,
Maximilianstr. 4, 86150 Augsburg,

- Beklagte -

beteiligt:

Landesanwaltschaft Bayern als Vertreter des öffentlichen Interesses

wegen

Ausweisung und Abschiebungsandrohung;

hier: Berufung des Klägers gegen das Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichts
Augsburg vom 26. Februar 2008,

erlässt der Bayerische Verwaltungsgerichtshof, 10. Senat,
durch den Vorsitzenden Richter am Verwaltungsgerichtshof Dhom,
den Richter am Verwaltungsgerichtshof Simmon,
die Richterin am Verwaltungsgerichtshof Eich

ohne mündliche Verhandlung am **29. Juli 2009**
folgendes

Urteil:

- I. Das Verfahren wird eingestellt, soweit es die Abschiebungsandrohung betrifft. Insoweit ist das Urteil des Verwaltungsgerichts vom 26. Februar 2008 wirkungslos geworden.
- II. Die Berufung wird im Übrigen zurückgewiesen.
- III. Der Kläger trägt die Kosten des Berufungsverfahrens, auch soweit das Verfahren eingestellt worden ist.
- IV. Das Urteil ist im Kostenpunkt vorläufig vollstreckbar.
- V. Die Revision wird zugelassen.

Tatbestand:

- 1 Der am 1979 geborene Kläger ist usbekischer Staatsangehöriger jüdischen Glaubens. Er kam mit einer Aufnahmezusage des Bundesverwaltungsamts vom 14. Juli 2002 als jüdischer Immigrant am 8. April 2003 in das Bundesgebiet. Er erhielt von der Beklagten eine „Statusbescheinigung“ vom 22. April 2003, in der er als ausländischer Flüchtling im Sinne des § 1 Abs. 1 des Gesetzes über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge vom 22. Juli 1980 (BGBl I S. 1057) bezeichnet wird. Gleichzeitig wurde ihm eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erteilt, die am 3. März 2005 in eine Niederlassungserlaubnis umgewandelt wurde.
- 2 Der Kläger ist seit längerem drogenabhängig und lebte im Bundesgebiet bisher überwiegend von Sozialleistungen. Er trat mehrfach strafrechtlich in Erscheinung. Mit Urteil des Amtsgerichts Augsburg vom 29. November 2004 wurde er zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten verurteilt. Mit Urteil des Amtsgerichts Regensburg vom 10. August 2006 erhielt er eine Freiheitsstrafe von einem

Jahr und vier Monaten. Auf die Übersicht der strafrechtlichen Verurteilungen im Urteil des Verwaltungsgerichts wird im Übrigen Bezug genommen.

- 3 Mit Bescheid vom 25. April 2007 wurde der Kläger ausgewiesen und ihm die Abschiebung angedroht. Der Kläger habe zwingende Ausweisungstatbestände erfüllt und genieße keinen besonderen Ausweisungsschutz.
- 4 Dagegen ließ der Kläger Klage erheben, die mit Urteil des Verwaltungsgerichts Augsburg vom 26. Februar 2008 abgewiesen wurde.
- 5 Die auf § 53 Nr. 1 Alt. 2 AufenthG gestützte Ausweisung des Klägers sei rechtmäßig. Er sei innerhalb von fünf Jahren wegen mehrerer vorsätzlicher Straftaten rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe von mindestens drei Jahren verurteilt worden. Die Voraussetzungen für einen besonderen Ausweisungsschutz nach § 56 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 AufenthG lägen nicht vor. Der Kläger sei weder als Asylberechtigter anerkannt noch genieße er im Bundesgebiet die Rechtsstellung eines ausländischen Flüchtlings. Der Kläger sei jüdischer Immigrant und habe auf der Grundlage eines Beschlusses der Ministerpräsidentenkonferenz vom 9. Januar 1991 in Deutschland Aufnahme gefunden. Aus der Aufnahme als jüdischer Kontingentflüchtling folge allerdings keine Rechtsstellung als ausländischer Flüchtling. Die dem Kläger am 22. April 2003 erteilte „Statusbescheinigung“ habe lediglich deklaratorische Wirkung und könne die Flüchtlingseigenschaft nicht begründen. Damit verbleibe es bei der zwingenden Ausweisung, ein Ermessensspielraum sei der Ausländerbehörde nicht eröffnet. Die zwingende Ausweisung sei auch nicht unverhältnismäßig. Der Kläger habe immer wieder in hartnäckiger Weise Straftaten begangen. Es sei ihm auch nicht gelungen, sich zu integrieren. Soweit der Kläger geltend mache, bei einer Rückkehr nach Usbekistan wegen seines Glaubens Gefahren für Leib und Leben ausgesetzt zu sein, handle es sich um zielstaatsbezogene Abschiebungshindernisse, die gegebenenfalls in einem Asylverfahren geprüft werden müssten. Die vom Kläger geltend gemachte Krankheit sei nicht belegt und könne im übrigen im Rahmen der Prüfung von Abschiebungsverboten nach § 60 Abs. 7 Satz 1 AufenthG gewürdigt werden. Aus dem Vorbringen könne sich allenfalls ein Duldungsgrund ergeben. Auch im Hinblick auf Art. 6 GG und Art. 8 EMRK bestünden gegen die Ausweisung keine Bedenken. Der Kläger sei ledig und habe keine Kinder im Bundesgebiet. Er sei volljährig, und es seien keine Anhaltspunkte dafür ersichtlich, dass andere Familienangehörige seiner Hilfe oder Unterstützung bedürften. Eine andere Beurteilung ergebe sich auch nicht deshalb, weil der Kläger sich nunmehr einer Drogentherapie unterziehe. Ein An-

spruch darauf, die Therapie im Bundesgebiet durchzuführen, bestehe nicht. Der Erfolg der begonnenen Therapie sei ungewiss. In Usbekistan lebten noch Verwandte des Klägers, er habe dort einen Großteil seines Lebens verbracht. Angesichts der abgeschlossenen Berufsausbildung und der Sprachkenntnisse sei dem Kläger zuzumuten, sich in seiner Heimat wieder eine Existenz aufzubauen. Die Abschiebungsanordnung und die hilfsweise erlassene Abschiebungsandrohung seien ebenfalls rechtmäßig. Für die Rechtmäßigkeit der Abschiebungsanordnung komme es nicht darauf an, ob ein Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 1 bis 8 AufenthG gegeben sei. Auf einen Schutzanspruch nach § 60 Abs. 1 AufenthG könne sich der Kläger nicht berufen. Soweit er sich auf ein Abschiebungshindernis nach § 60 Abs. 7 Satz 1 AufenthG berufe, stehe dies der Abschiebungsanordnung nicht entgegen.

6 Mit der vom Senat zugelassenen Berufung beantragt der Kläger (sinngemäß),
7 das Urteil des Verwaltungsgerichts Augsburg vom 26. Februar 2008 und den
Bescheid der Beklagten vom 25. April 2007 aufzuheben.

8 Der Kläger sei im geregelten Verfahren des Bundesverwaltungsamtes eingereist. Er habe eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erhalten, die mit dem Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes in eine Niederlassungserlaubnis umgewandelt worden sei. Er habe mit seiner Einreise am 8. April 2003 den Status als Flüchtling nach dem Kontingentflüchtlingsgesetz erworben. Die Aufnahme als Kontingentflüchtling setze die Eigenschaft eines politisch Verfolgten nicht voraus und stelle sie auch nicht fest. Die Aufnahme von jüdischen Bürgern aus den GUS-Staaten sei aus politischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland erfolgt. Hieran habe sich nichts geändert. § 23 Abs. 2 AufenthG ersetze § 1 HumHAG ausschließlich für Personen, die seit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes als Kontingentflüchtling in die Bundesrepublik Deutschland eingereist seien. Für diejenigen Personen, die bereits zum 1. Januar 2005 den Status nach § 1 HumHAG erreicht hätten, gelte dies gemäß der Übergangsvorschriften der §§ 101, 103 AufenthG in der bisherigen Fassung weiter. §§ 2 und 2 a HumHAG seien also für die Beurteilung des Falles weiterhin maßgeblich. Aufgrund der Rechtsstellung als Flüchtling bestehe zugunsten des Klägers der besondere Ausweisungsschutz nach § 56 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 AufenthG. In dem Falle werde die Ist- zur Regelausweisung. Hier liege ein von der Regel abweichender Sachverhalt vor. Die Frage des Abschiebungsverbotes bzw. Abschiebungshindernisses sei auch im Rahmen der Rechtmäßigkeit des Bescheides zu prüfen und nicht nur

auf der Ebene der Vollziehbarkeit der Abschiebungsanordnung. Insofern sei nicht nur die Frage der Rechtsstellung des Klägers als Kontingentflüchtling bedeutsam, sondern auch die Erkrankung des Klägers. Durch den Drogenkonsum, der Krankheitscharakter habe, sei der Kläger erheblich erkrankt. Eine Behandlung seiner Virusinfektion in Usbekistan sei in der notwendigen Form nicht möglich. Konkrete Anhaltspunkte dafür, dass eine schwere Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch neue Verfehlungen des Ausländers ernsthaft drohe, seien nicht zu erkennen.

9 Im Berufungsverfahren bestellte sich ein weiterer Rechtsanwalt für den Kläger, der zur Berufung noch ausführte, die Regelung des Abkommens der Bundesrepublik Deutschland mit Usbekistan hinsichtlich jüdischer Emigranten habe ihren Grund darin, dass die Regelung den diplomatischen und politischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland und auch dem Herkunftsstaat Usbekistan verpflichtet sei. Man habe die Machthaber in Usbekistan nicht vor den Kopf stoßen wollen. Man vermeide deshalb in diesem Zusammenhang, die tatsächliche Lage richtig zu beschreiben. Jüdische Emigranten aus Usbekistan seien zuvor einer politischen Verfolgung bzw. einer nicht hinnehmbaren Verfolgung und Diskriminierung wegen ihres Glaubens in allen bedeutsamen Belangen ausgesetzt gewesen. Eine Rückführung in den Heimatstaat würde deshalb einer Auslieferung in die politische Verfolgung gleichkommen. Dies manifestiere sich auch in der Tatsache, dass der abgelaufene usbekische Pass nicht habe verlängert werden können. Die Ausländerbehörde habe deshalb dem Kläger im März 2005 einen Reiseausweis für Ausländer ausgestellt. Eine generalpräventiv begründete Ausweisung komme im vorliegenden Fall nicht in Betracht. Beim Kläger ergebe sich auch keine konkrete Wiederholungsgefahr, so dass er auch nicht aus spezialpräventiven Gründen ausgewiesen werden könne. Es sei nicht mehr damit zu rechnen, dass er rückfällig werde. Die Besserung des Klägers habe sich fortgesetzt. Er sei dabei, sein Leben in den Griff zu bekommen.

10 Die Beklagte beantragt,

11 die Berufung zurückzuweisen.

12 Im Berufungsverfahren erklärten die Parteien den Rechtsstreit in der Hauptsache für erledigt, soweit er die Abschiebungsandrohung betraf.

13 Die Parteien haben auf mündliche Verhandlung verzichtet.

- 14 Wegen weiterer Einzelheiten wird auf die beigezogene Behördenakte und auf die Gerichtsakten beider Rechtszüge Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

- 15 Soweit die Hauptsache hinsichtlich der Abschiebungsandrohung übereinstimmend für erledigt erklärt wurde, ist das Verfahren einzustellen und das Urteil des Verwaltungsgerichts insoweit für wirkungslos zu erklären (§ 92 Abs. 3 VwGO analog, § 173 VwGO, § 269 Abs. 3 Satz 1 ZPO).
- 16 Die Berufung, über die der Senat im Einverständnis mit den Beteiligten ohne mündliche Verhandlung entscheidet (§ 125 Abs. 1, § 101 Abs. 2 VwGO), bleibt im Übrigen ohne Erfolg, weil die Ausweisung des Klägers rechtmäßig ist.
- 17 Der Kläger hat den Ausweisungstatbestand des § 53 Nr. 1 Alt. 2 AufenthG erfüllt, da er mit Urteil des Amtsgerichts Augsburg vom 29. November 2004 und mit Urteil des Amtsgerichts Regensburg vom 10. August 2006 und damit innerhalb von fünf Jahren zu einer Freiheitsstrafe von zusammen mehr als drei Jahren verurteilt wurde. Er ist daher zwingend auszuweisen. Besonderer Ausweisungsschutz nach § 56 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 AufenthG, der die Ausweisung zu einer Regelausweisung herabstufen würde, steht ihm nicht zu. Weder hat dem Kläger das allein dafür zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt noch genießt er die Rechtsstellung als ausländischer Flüchtling nach § 1 Abs. 1 des Gesetzes über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge (Kontingentflüchtlingengesetz - HumHAG). Die den jüdischen Einwanderern aus dem Gebiet der früheren Sowjetunion in entsprechender Anwendung des Kontingentflüchtlingengesetzes ermöglichte Einwanderung und die ihnen zugebilligten sozialen Vergünstigungen genügen für die Anwendung des § 56 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 AufenthG nicht.
- 18 Die Rechtsstellung der sog. Kontingentflüchtlinge regelt nach der Aufhebung des Kontingentflüchtlingengesetzes durch Art. 15 Abs. 3 Nr. 3 des Zuwanderungsgesetzes (vom 30.7.2004 BGBl I S. 1950) nunmehr § 23 Abs. 2 AufenthG, doch gilt das Kontingentflüchtlingengesetz nach § 103 AufenthG für die dort genannten Personen weiter. Die Übergangsvorschrift begründet allerdings keinen Flüchtlingsstatus, sondern setzt ihn voraus.

- 19 Nach dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (Genfer Flüchtlingskonvention - GFK - vom 28. Juli 1951 BGBl. II 1953, 559) entsteht der Flüchtlingsstatus kraft Gesetzes mit der Einreise ins Bundesgebiet und setzt tatbestandlich die Aufnahme und die Flüchtlingseigenschaft voraus (vgl. BVerwG vom 17.2.1992 NVwZ 1993, 187 und vom 27.2.1996 InfAuslR 1996, 322). Der Kläger hat zwar Aufnahme im Bundesgebiet gefunden, er ist aber nicht als Flüchtling eingereist, so dass er keinen Flüchtlingsstatus im Bundesgebiet genießt.
- 20 § 1 Abs. 1 HumHAG konnte - soweit es um den Status als Flüchtling geht - nach überwiegender Meinung auf jüdische Emigranten aus dem Gebiet der früheren Sowjetunion, die gemäß dem Ergebnis der Besprechung des Bundeskanzlers mit den Ministerpräsidenten vom 9. Januar 1991 ins Bundesgebiet aufgenommen wurden, auch nicht entsprechend angewandt werden (vgl. BayVGH vom 20.12.2004 - iuris; OVG MV vom 15.9.2004 LKV 2005, 510; OVG Berlin vom 5.2.2001 DVBl 2001, 574 und vom 15.11.2002 EzAR 018 Nr. 2; Funke-Kaiser in GK, Stand Juni 2007, RdNr. 7 zu § 23 AufenthG; a.A. BayVGH – 19. Senat - vom 7.8.2008 ZAR 2008, 403; VG Karlsruhe vom 19.12.2005 AuAS 2006, 168). Es fehlte bereits an der für eine entsprechende Anwendung des Gesetzes erforderlichen Regelungslücke, weil § 33 AuslG die Übernahme von Ausländern aus humanitären Gründen oder politischen Interessen erlaubte. Nach dem Kodifikationsprinzip kann daher auf einen Sachverhalt, der die Tatbestandsvoraussetzungen nicht erfüllt, das Gesetz nicht angewandt werden.
- 21 Aus diesem Grunde ist die Übereinkunft des Bundeskanzlers und der Ministerpräsidenten als politische Entscheidung anzusehen, mit der lediglich eine einheitliche administrative Vorgehensweise für die Einreise jüdischer Emigranten vereinbart wurde (vgl. OVG MV vom 15.9.2004 und insoweit auch BayVGH vom 7.8.2008 jeweils a.a.O.), und hatte nicht zum Inhalt, den jüdischen Emigranten unmittelbar oder mittelbar einen Flüchtlingsstatus zuzugestehen. Die in § 1 Abs. 1 HumHAG vorgesehene Zuerkennung der Rechtsstellung als Flüchtling war im Hinblick auf die Gewährung eines Daueraufenthaltsrechts und die sich aus der Genfer Flüchtlingskonvention ergebenden Rechtsfolgen für die jüdischen Emigranten weder erforderlich noch angemessen (vgl. dazu BT-Drucks. 15/ 420 S. 77f zur Nachfolgeregelung des § 23 Abs. 2 AufenthG). Denn ein Verfolgungsschicksal von jüdischen Emigranten in ihrem Herkunftsland spielte bei der Übereinkunft keine maßgebliche Rolle. Die Aufnahme der betreffenden Personen aufgrund von Einzelfallentscheidungen sollte vielmehr – was auch in der Vereinbarung der Regierungschefs eindeutig zum Ausdruck kam - nach

der Absprache des Bundeskanzlers mit dem Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland der Erhaltung der Lebensfähigkeit jüdischer Gemeinden in Deutschland, der Familienzusammenführung und der Vermeidung von Härtefällen dienen und beinhaltete keine Aussage über eine aktuelle Verfolgungssituation der Zuwanderer in ihrem Herkunftsland.

22 Infolge der Übereinkunft wurde aufgrund des Grundsatzerlasses des Auswärtigen Amtes vom 25. März 1997 den betroffenen Personen eine Aufnahmezusage erteilt. Sie konnten mit einem Sichtvermerk einreisen und nach den Vorschriften des Ausländerrechts von den zuständigen Ausländerbehörden einen Titel für einen Daueraufenthalt erhalten. Ferner waren sie berechtigt, in entsprechender Anwendung des Kontingentflüchtlingsgesetzes in einem vereinfachten Verfahren bestimmte soziale Leistungen in Anspruch zu nehmen. Damit war die Übereinkunft rechtlich umgesetzt (vgl. OVG Berlin vom 15.11.2002 a.a.O.). Weder in Einzelakten noch in der Gesamtheit der Maßnahmen der zuständigen Stellen des Bundes und der Länder wurde den jüdischen Emigranten aus der früheren Sowjetunion ein Flüchtlingsstatus zuerkannt noch konnte ein solcher entstehen. Die jüdischen Emigranten erhielten deshalb nach der im angefochtenen Bescheid zitierten Mitteilung des Bundesministers des Innern vom 10. August 1993 und dem Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 13.3.1997 auch keine Reiseausweise nach der Genfer Flüchtlingskonvention (vgl. VG Augsburg vom 18.9.2001 Au 1 K 01.451 - Juris). Die jüdischen Emigranten aus dem Gebiet der früheren Sowjetunion wurden damit in verschiedener Hinsicht wie Flüchtlinge, aber eben nicht als Flüchtlinge behandelt.

23 Ein anderes Ergebnis lässt sich auch nicht aus den Übergangsvorschriften der §§ 101, 102 und 103 AufenthG ableiten. Die Übergangsvorschrift des § 101 Abs. 1 Satz 2 AufenthG regelt die Weitergeltung von humanitären Titeln, die nach § 1 Abs. 3 HumHAG oder in entsprechender Anwendung des Kontingentflüchtlingsgesetzes erteilt wurden, sagt aber nichts über einen Flüchtlingsstatus aus. Der übergeleitete Titel war ein humanitärer Titel für jüdische Emigranten ohne Flüchtlingseigenschaft nach § 33 AuslG (nunmehr § 23 Abs. 2 AufenthG), der keine Regelungen zum Flüchtlingsstatus trifft. Für § 102 Abs. 1 Satz 1 AufenthG gilt das Gleiche. § 103 AufenthG ist für den Kläger schon nach seinem Wortlaut nicht einschlägig. Im Gegensatz zu § 101 Abs. 1 Satz 2 AufenthG erwähnt diese Vorschrift Fälle der entsprechenden Anwendung des Kontingentflüchtlingsgesetzes nicht. Diese Vorschrift betrifft daher nur die Fortgeltung des Kontingentflüchtlingsgesetzes für Personen, die den Status in unmittelbarer Anwendung des Kontingentflüchtlingsgesetzes hatten.

- 24 Der Kläger hat schließlich auch nicht deshalb den besonderen Ausweisungsschutz des § 56 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 AufenthG, weil die Beklagte ihm am 22. April 2003 eine Bescheinigung mit dem Inhalt erteilt hat, dass er den Status eines Flüchtlings hat. Unrichtig ist die Bescheinigung bereits insoweit, als nicht kenntlich gemacht ist, dass er den Status nur entsprechend dem Kontingentflüchtlingsgesetz haben soll (anders z. B. die Praxis in Mecklenburg-Vorpommern, dargestellt in OVG Berlin vom 15.11.2002 a.a.O.). Der Flüchtlingsstatus konnte dem Kläger nicht bescheinigt werden, weil er ihn – wie dargelegt - nicht hatte. Die Bescheinigung hat nur deklaratorische Wirkung und begründet nicht den Status als Flüchtling (OVG RhPf vom 26.11.1999 InfAuslR 2000, 466; Hochreuter, Zuwanderung als Wiedergutmachung? NVwZ 2000, 1376/1379). Deshalb kann der Kläger aus ihr keinen Vertrauensschutz ableiten.
- 25 Die Ausweisung ist im Hinblick auf die erhebliche Gefahr, die vom drogensüchtigen Kläger ausgeht, nicht unverhältnismäßig und verstößt auch nicht gegen Art. 6 GG oder Art. 8 EMRK.
- 26 Im Übrigen wird zur Vermeidung von Wiederholungen ergänzend auf die zutreffenden Ausführungen im angefochtenen Urteil und im angefochtenen Bescheid Bezug genommen.
- 27 Die Kostenentscheidung folgt aus § 154 Abs. 2 VwGO, soweit die Berufung zurückgewiesen wurde. Soweit die Hauptsache für erledigt erklärt wurde, ist gemäß § 161 Abs. 2 VwGO über die Kosten nach billigem Ermessen unter Berücksichtigung des bisherigen Streitstands zu entscheiden. Billigem Ermessen entspricht es, die Kosten des für erledigt erklärten Rechtsstreits dem Kläger aufzuerlegen, weil eine Erledigung des Rechtsstreits tatsächlich nicht eingetreten ist und deshalb die teilweise Erledigungserklärung des Klägers als Rücknahme der Berufung aufzufassen ist.
- 28 Die Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit ergibt sich aus § 167 VwGO, §§ 708 ff. ZPO.
- 29 Die Revision ist gemäß § 132 Abs. 2 Nr. 1 VwGO zuzulassen.